

Fahrrad-Debatte mit verhärteten Fronten

300 Besucher bei Info-Veranstaltung im Rathaus zu Perspektiven des Radverkehrs

VON AXEL SCHWARZ

Kassel – Am Anfang standen Signale des Entgegenkommens und des Bemühens um Fortschritte für ein fahrradfreundlicheres Kassel. Gegen Ende einer Infoveranstaltung mit 300 Besuchern am Freitag im Rathaus-Bürgersaal jedoch schienen die Fronten verhärtet und die Wahrnehmungen sehr verschieden.

Hatten städtische Dezenten und Amtsleiter zuvor die „offenen und konstruktiven“ Arbeitsgespräche mit Vertretern der Initiative Radentscheid gelobt und von Einvernehmen in vielen Detailfragen gesprochen, stellten Rad-Aktivisten dies komplett in Abrede: Sie sehe dies nicht, sagte Initiativsprecherin Anna Luisa Sümmermann: Vonseiten der Stadt müsse „deutlich mehr passieren“.

Begehren hielt Prüfung nicht stand

Auf dem Podium Rede und Antwort standen Oberbürgermeister Christian Geselle, Verkehrsdezernent Dirk Stochla, Straßenbau-Amtsleiter Dr. Georg Förster sowie der Leiter des städtischen Rechtsamts, Roland Beth. Letzterer hatte den schwersten Stand bei der Aufgabe, dem Publikum in konkreten Details zu begründen, wo der Magistrat das Bürgerbegehren



Großes Interesse am Thema Radverkehr: Rund 300 Besucher waren zu der Info-Veranstaltung des Magistrats in den Bürgersaal des Rathauses gekommen – darunter viele Aktivisten der Radentscheid-Initiative.

FOTO: FIA MALMUS

der Radentscheider als nicht rechtskonform bewertet.

Unter anderem wies Beth auf „logische Fehler“ bei Kostenschätzungen hin und auf Forderungen, die qua rechtlicher Zuständigkeit gar nicht per Bürgerbegehren entschieden werden dürften.

Ein Ausschlussgrund sei es weiterhin, wenn Dinge gefordert würden, die in der Praxis

unmöglich zu erreichen seien – wie die Forderung der Radentscheider, Jahr für Jahr drei Kilometer Kasseler Hauptverkehrsstraßen fahrradgerecht umzubauen. Laut dem Rechtsamtsleiter müsse bei solchen Bauprojekten „nur eine einzige Einwendung im Klageverfahren kommen“, und schon werde der hehre Zeitplan Makulatur und unerfüllbar.

Beths Beteuerung, dass der Magistrat keinen Ermessensspielraum habe bei der Prüfung, ob ein Bürgerbegehren die rechtlichen Anforderungen erfüllt oder nicht, wollten viele der Teilnehmer freilich nicht hören. Im Saalpublikum wurde über weite Teile der Veranstaltung Stimmungsmache aus dem Wutbürger-Werkzeugkasten ge-

pflegt: Immer wieder wurden Podiumsredner durch scharfe, höhnisch grundierte Zwischenrufe unterbrochen, was auch bei inhaltlich schlichteren Beiträgen prompt zu vielschichtigem, lang anhaltendem Beifallsgejohle führte.

Das gipfelte in harsch vorgebrachten Vorwürfen, warum es sich die Stadt nicht im Vorfeld zur Aufgabe gemacht

hätte, die Aktivisten bis in Formulierungsdetails hinein bei der Abfassung rechtssicherer Forderungen an die Politik zu beraten. Sichtlich irritiert waren Geselle und Stochla über dieses Ansinnen, doch hielten

Forderung nach Schützenhilfe

sie sich strikt an ihren konzilianten Kurs. Sie betonten das Interesse der Stadt, gemeinsam mit Vertretern der Rad-Lobby nachhaltige Verbesserungen erreichen zu wollen.

Schritte, die dafür hilfreich wären, wurden bei der Veranstaltung benannt – etwa, dass erreichte Fortschritte messbar gemacht werden müssen, dass Investitionen für Radler im Stadt-Etat transparenter abgebildet werden sollen, statt unter dem Allgemeinetikett „Straßenbau“ die Annahme zu schüren, dort sei nur wieder der Autoverkehr mit Geld bedient worden.

Die Botschaft des Abends: Nun gilt es, Aktivismus in konkretes Handeln zum Nutzen der Kasseler Radler umzusetzen. Wie dabei die Radentscheid-Initiatoren ihre Rolle begreifen, bleibt unklar nach der Veranstaltung, die mit einer Philippika von Verkehrsdezernent Stochla an die Adresse von Initiativsprecherin Sümmermann endete: „Wir sind sehr weit auf Sie zugegangen“, sagte er.